

ARGUKOMPAKT

Aktuelle Strömungen des politischen Extremismus

Neue Rechte, Reichsbürger und Anarchokapitalisten

Autor: Thomas Haslböck

Seit Beginn ihres Bestehens wird die freiheitlich-demokratische Grundordnung durch extremistische Bestrebungen herausgefordert. Alle Ideologien und Gruppierungen eint dabei die Ablehnung von Menschenwürde, Rechtsstaat und Demokratie. Zugleich verändern sich die Erscheinungsformen, Akteure und Strategien des Extremismus kontinuierlich. Sie halten dabei mit den gesellschaftlichen und politischen Transformationsprozessen Schritt. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, sich immer wieder mit neuen Entwicklungen auseinanderzusetzen und ihr Gefährdungspotenzial einzuschätzen. Die Hanns-Seidel-Stiftung hat sich im Rahmen einer Expertenfachtagung mit drei Strömungen beschäftigt.

Neue Rechte: Die Neue Rechte ist eine nicht-nationalsozialistische Form des Rechtsextremismus. Sie knüpft an das Denken der Konservativen Revolution an und vertritt antiegalitäre, antipluralistische und ethno-nationalistische Positionen. Ihr Ziel ist eine geistige Wende, die einen dauerhaften politischen Umschwung vorbereiten soll.

Reichsbürger / Selbstverwalter: Die Reichsbürger und Selbstverwalter leugnen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Feindschaft gegenüber dem Staat findet ihren Ausdruck besonders im Umgang mit staatlichen Behörden. Immer wieder kommt es dabei zum Einsatz von Schusswaffen.

Anarchokapitalisten: Dem Anarchokapitalismus hängen vor allem Personen mit solidem sozioökonomischem Hintergrund an. Sie streben – gleichermaßen aus politischen wie wirtschaftlichen Motiven heraus – die vollkommene Abschaffung des Staates an. An seine Stelle sollen Privatstädte treten, die auf dem freien Markt miteinander konkurrieren. Demokraten haben dort explizit keine Daseinsberechtigung.

Neue Rechte, Reichsbürger und Anarchokapitalisten

Aktuelle Strömungen des politischen Extremismus

Neue Rechte¹

Definition: Bei der Neuen Rechten handelt es sich um eine informelle Ansammlung von Intellektuellen, deren Ziel die geistige Erneuerung rechtsextremen Denkens ist. Dabei strebt sie eine Abgrenzung vom Nationalsozialismus an.

Vordenker und Bezugspunkte: Die Neue Rechte beruft sich auf die Konservative Revolution, einer intellektuellen Strömung der 1920er Jahre. Ihr Ziel war es, die Weimarer Republik zunächst geistig und dann politisch zugunsten einer elitären, nationalistischen und autoritären Ordnung zu überwinden. Dabei hegten ihre Vertreter latent Sympathien für den italienischen Faschismus, verachteten jedoch den Nationalsozialismus aufgrund seines Massencharakters. Die unmittelbaren geistigen Väter der Neuen Rechten sind Armin Mohler und Alain de Benoist, die in ihren Werken den Liberalismus (und damit die liberale Demokratie) als Hauptfeind ausmachten.

Akteure und Netzwerke: Intellektuelles Zentrum war lange Zeit das Institut für Staatspolitik. Die neurechte Denkfabrik mit Sitz im sachsen-anhaltischen Schnellroda wurde 2024 aus taktischen Erwägungen aufgelöst. Die Nachfolgeorganisationen firmieren unter den Bezeichnungen „Menschenpark Veranstaltungs UG“ und „Metapolitik Verlags UG“. Die Denkfabrik betreibt die Vernetzung neurechter Akteure, erarbeitet und verbreitet neurechte Positionen und versucht so, den gesellschaftlichen und politischen Diskurs zu beeinflussen. Eng damit verbunden sind der Verlag Antaios um Götz Kubitschek und die Zeitschrift Sezession. Ein jüngeres Publikum wird durch den eigenständigen Jungeuropa Verlag um den Verleger Philip Stein angesprochen. Weitere zentrale Ideengeber sind u. a. Benedikt Kaiser („Solidarischer Patriotismus“, „Die Partei und ihr Vorfeld“, „Der Hegemonie entgegen“) und Martin Sellner („Remigration: Ein Vorschlag“).

Ideologie und Zielvorstellungen: Die Neue Rechte besitzt keine kohärente, systematisierte Ideologie. Allerdings lassen sich einige Kerngedanken festmachen, die lose miteinander in Verbindung stehen:

- **Autoritarismus:** Der Mensch bedarf als Mängelwesen der autoritären Führung durch eine Elite und Institutionen. Es ist grundsätzlich nicht möglich, bessere Modelle des Zusammenlebens zu entwickeln.
- **Antiegalitarismus:** Die Vorstellung von einer Gleichheit der Menschen wird seinem Bedürfnis nach Führung nicht gerecht. Der Liberalismus, der die politische Gleichheit in Form des Parlamentarismus verwirklicht, muss daher bekämpft werden.
- **Identitäre Demokratie:** Demokratie hat nichts mit Liberalismus zu tun. Sie ist die Einheit von Regierenden und Regierten. Daraus folgt: Es gibt keine Opposition und keinen Pluralismus. Demokratie bedeutet folglich Homogenität und Ausschließung des Heterogenen.

- **Vorrang des Ethnischen:** Homogenität wird ethnisch-kulturell verstanden. Die ethnische Zugehörigkeit hat absoluten Vorrang vor allen anderen Eigenschaften und Einstellungen. Wer ethnisch nicht dazugehört, muss das Land verlassen. In diesem Sinne strebt die Neue Rechte nach einer Welt, die aus voneinander separierten, ethnisch homogenen Gemeinschaften besteht (= Ethnopluralismus).

Strategien und Aktionsformen: Die Neue Rechte will zunächst eine geistige Wende herbeiführen: Neue Positionen sollen den öffentlichen Diskurs zunehmend prägen. Dadurch wird langfristig eine politische Wende herbeigeführt. Bezeichnet wird dieser Kampf um die Köpfe als „Kulturrevolution von rechts“ (Alain de Benoist). Zugleich versucht der Kreis um Götz Kubitschek, der AfD eine Linie vorzugeben. Enge Beziehungen existieren beispielsweise zu Björn Höcke, der von sich sagt, er würde sein „geistiges Manna“ aus Schnellroda beziehen. Bis zum politischen Umsturz präferiert die Neue Rechte eine Strategie der Fundamentalopposition: Die AfD soll in keine Koalitionen eintreten. Davon erwartet man sich auch eine Schwächung der Union, die gezwungen ist, weiter mit linken Parteien zu koalieren.

Reichsbürger und Selbstverwalter²

Definition: Unter den Sammelbegriffen Reichsbürger und Selbstverwalter werden Gruppierungen und Einzelpersonen verstanden, die – aus unterschiedlichen Motiven und mit verschiedenen Begründungen – die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und ihres Rechtssystems bestreiten. Reichsbürger begründen ihre Ablehnung u. a. mit der Fortexistenz eines Deutschen Reiches, Selbstverwalter reklamieren hingegen oftmals rechtliche und territoriale Autonomie.

Vordenker und Bezugspunkte: Die Reichsbürgerbewegung hat einen langen Vorlauf im Rechtsextremismus. Schon die Sozialistische Reichspartei strebte nach einer Auflösung der Bundesrepublik zugunsten eines Deutschen Reiches. In den 1970er Jahren sah sich Rechtsextremist Manfred Roeder von Karl Dönitz als Reichsverweser eingesetzt. Als unmittelbarer Gründervater der Bewegung gilt Wolfgang Ebel mit seiner Schrift „21 Punkte zur tatsächlichen Situation in Deutschland“ aus den 1980er Jahren.

Bei den Selbstverwaltern kommt der US-amerikanischen Organisation Posse Comitatus aus den späten 1960er Jahren eine partielle Vorbildfunktion zu. Deren Mitglieder verweigerten den Bundesbehörden der Vereinigten Staaten ihre Anerkennung. Sie betrachteten stattdessen die Countys als autonome Gemeinschaften. Die höchste staatliche Autorität verorteten sie dementsprechend beim direkt gewählten Sheriff. Weitere Orientierungsgrößen für die Selbstverwalter bilden die ‚Freeman on the land‘-Bewegung und die Mikronation Principality of Sealand.

Akteure und Netzwerke: Die Szene mit ihren rund 26.000 Anhängern ist weitgehend unstrukturiert. Es existieren viele Einzelgruppierungen, die häufig aufgrund von Streitigkeiten und Zerwürfnissen gespalten bleiben. Obwohl bei den Reichsbürgern viele kommissarische Regierungen mit konkurrierenden Ansprüchen existieren, gibt es insbesondere in diesem Milieu immer wieder Vernetzungsbestrebungen:

- Mehrere Zukunftskongresse waren der Frage gewidmet, wie sich die Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches wiederherstellen lässt.
- Mithilfe von Wahlkommissionen sollen die Bundesstaaten des Deutschen Reiches von unten her aufgebaut und wiedereingesetzt werden.

- Die großen Treffen der Bundesstaaten in verschiedenen Städten erreichen Teilnehmerzahlen von bis zu 1000 Personen.

Ziel all dieser Bemühungen ist die Überwindung der ideologischen Heterogenität innerhalb der Reichsbürger-Szene.

Bei der auch zahlenmäßig sehr viel kleineren Gruppe der Selbstverwalter sind die Vernetzungsbemühungen weniger stark ausgeprägt. Nur vereinzelt sind sie bei den Treffen der Bundestaaten zu finden oder nehmen „diplomatische Beziehungen“ u. a. zu anderen „Selbstverwaltungen“ auf.

Ideologie und Zielvorstellungen: Reichsbürger erkennen nicht an, dass die Bundesrepublik mit dem Deutschen Reich identisch ist und behaupten stattdessen, dass das Deutsche Reich anstelle der Bundesrepublik existiere. Sie berufen sich dabei u. a. auf das rechtsextreme Narrativ vom fehlenden Friedensvertrag und gehen von einer fortdauernden Besetzung durch die Alliierten aus. Bezugsgrößen sind etwa das Deutsche Reich von 1871, 1919 oder 1937. In jedem Fall gilt es dessen Handlungsfähigkeit und territoriale Ausdehnung wiederherzustellen.

Bei Selbstverwaltern kommt der Reichsgedanke hingegen kaum vor. Sie stützen sich stattdessen mitunter auf Art. 9 der UN-Resolution A/RES/56/83. Bei dem Dokument handelt es sich um eine bloße Empfehlung, die sinngemäß besagt, dass Personen oder Gruppen dann staatliche Autorität ausüben dürfen, wenn ein Staat sich im Zusammenbruch befindet oder bereits zusammengebrochen ist. Das wird für die Bundesrepublik angenommen. In diesem Punkt besteht ein Konsens zwischen Reichsbürgern und Selbstverwaltern: Die Bundesrepublik Deutschland ist kein wirklicher Staat („BRD GmbH“) und das Grundgesetz hat keinen Verfassungsrang.

Strategien und Aktionsformen: Reichsbürger und Selbstverwalter sind durch viele Aktionsformen geeint:

- **Fantasiedokumente/-ämter:** Beide Teilphänomene stellen Fantasiedokumente aus und beanspruchen Fantasieämter. Die Bezeichnungen rekurren dabei jeweils auf die ideologischen Grundlagen. Reichsbürger nennen sich beispielsweise „Reichskanzler“ oder „Reichsverweser“. Bei Selbstverwaltern fehlt dieser Reichsbezug hingegen häufig.
- **Vielschreiberei:** Reichsbürger und Selbstverwalter wenden sich mit langen, pseudojuristischen Schreiben an Behörden und Ämter. Da sich darin tatsächliche Rechtsansprüche finden könnten, sind die staatlichen Stellen verpflichtet, sie durchzuarbeiten. Die Vielschreiberei zielt daher auf die Lahmlegung von Behörden. Darüber hinaus sollen die betroffenen Beschäftigten eingeschüchtert werden. Die Schreiben drohen mit drastischen Konsequenzen für vermeintlich unrechtmäßige Verwaltungsakte.
- **Widerstandshandlungen:** Reichsbürger und Selbstverwalter versuchen sich staatlichen Maßnahmen zu entziehen und sind bereit, gegen diese auch Gewalt anzuwenden. Aus den vergangenen Jahren liegt eine Vielzahl solcher Delikte vor. Neben so einem reaktiven Gewaltpotenzial, welches mitunter durch ein postuliertes „Notwehrrecht“ begründet wird, sind wiederkehrende, erhebliche Waffenfunde in dem Milieu auffällig.

Anarchokapitalisten³

Definition: Der Anarchokapitalismus ist jene Teilströmung des Libertarismus, die den Staat und die Menschenrechte prinzipiell ablehnt. Der Libertarismus wiederum ist eine politische Philosophie, die in der individuellen Freiheit den höchsten Wert sieht und versucht, unter Betonung der freien Entscheidung Autonomie und politische Freiheit zu maximieren. Andere, nichtextremistische Formen des Libertarismus befürworten einen auf seine Kernfunktionen reduzierten Nachtwächterstaat (= Minarchismus).

Vordenker und Bezugspunkte: Als geistiger Vater des Anarchokapitalismus gilt der US-amerikanische Ökonom Murray N. Rothbard. Dessen Schüler Hans-Hermann Hoppe, Professor für Volkswirtschaftslehre an der University of Nevada, ist derzeit wichtigster Impulsgeber der Strömung.

Akteure und Netzwerke: In Deutschland lassen sich dem Anarchokapitalismus die Partei „Die Libertären“, das Murray Rothbard Institut für Ideologiekritik und die Plattform „Die Marktradikalen“ zuordnen. Zwar handelt es sich bei der Strömung derzeit um eine politisch bedeutungslose Randerscheinung, sie ist jedoch in eine wesentlich größere libertäre Szene integriert, die ihren Positionen auf Konferenzen, bei Vernetzungstreffen (AfueraFest 2025 in Regensburg) und in Zeitschriften eine Bühne bietet. Dem Anarchokapitalismus – wie dem Libertarismus überhaupt – hängen vor allem Personen mit solidem sozioökonomischem Hintergrund (Juristen, Wirtschaftswissenschaftler, Unternehmer, Bitcoiner, Goldhändler etc.) an. Das deutet bereits darauf hin, dass anarchokapitalistische Bestrebungen nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch motiviert sein können: Eine weitgehende Deregulierung verspricht die Maximierung von Gewinnen.

Ideologie und Zielvorstellungen: Der Anarchokapitalismus radikalisiert den liberalen Vertragsgedanken, indem er die privatrechtliche Übereinkunft für die einzig legitime Form sozialer Interaktion hält. Nur in ihrem Rahmen kann jeder Vertragspartner vollkommen frei über seine Person und sein Eigentum verfügen. Daraus folgt nicht nur eine Verabsolutierung des freien Marktes, sondern auch eine Ablehnung von Staat und Demokratie:

- Der Staat ist abzulehnen, weil die vertragliche Zustimmung durch die Bürger fehlt. Er beruht daher auf illegitimen Zwangsmonopolen und verletzt durch Steuererhebung das Recht auf Privateigentum.
- Die Demokratie ist eine besonders schlechte Form staatlicher Herrschaft: Weil Macht nur auf Zeit verliehen wird, sind die Regierenden versucht, die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen rasch und zum eigenen Vorteil auszuschöpfen. Es handelt sich um einen „Wettbewerb der Gauner“ (Hoppe).

Ziel anarchokapitalistischer Bestrebungen ist die Auflösung aller staatlichen Strukturen zugunsten privatrechtlich organisierter Städte, die auf dem freien Markt miteinander um Klienten konkurrieren. In diesen Privatstädten sind keine Demokraten mehr erlaubt – sie müssen „physisch entfernt und ausgewiesen werden“ (Hoppe). In der anarchokapitalistischen Meme-Kultur finden sich diesbezüglich zahlreiche Anspielungen auf den Umgang des chilenischen Diktators Augusto Pinochet mit Oppositionellen. Nach welchen Prinzipien die Privatstädte sich organisieren, ist ihnen selbst überlassen – sie müssen nur genügend Nachfrage generieren, um rentabel wirtschaften zu können. Möglich ist auch eine Organisation nach völkischen Gesichtspunkten. Auf diese Weise bietet der Anarchokapitalismus rechtsextremen Akteuren eine alternative Rechtfertigung für das Streben nach ethnisch homogenen Gemeinschaften. In den USA finden sich entsprechende Überlappungen zwischen den Lagern.

Strategien und Aktionsformen: Unter den gegenwärtigen Bedingungen wollen Anarchokapitalisten den Staat so weit wie möglich zurückdrängen. Sie setzen sich daher ein für

- eine weitgehende Deregulierung,
- den Entzug des Wahlrechts für Staatsbedienstete und Transferempfänger,
- Steuerflucht und Nichtkooperation.

Verbunden mit einer antidemokratischen Rhetorik (v.a. in den Sozialen Medien) soll all dies den Staat so sehr schwächen, dass er sich nicht mehr erhalten kann. Parallel dazu gründen reiche Unternehmer Privatstädte (z.B. Próspera in Honduras), deren wirtschaftlicher Erfolg die staatliche Legitimität noch weiter untergräbt. Die Endvision der Anarchokapitalisten ist eine Welt, die aus tausenden kleinen Privatstädten besteht, die miteinander konkurrieren.

Anmerkungen

- 1 Inhaltlich orientiert sich die Darstellung weitgehend am Vortrag *Elite, Ethnie, Identität, Kollektivismus, Menschenbild, Umsturz-wille. Fragmente einer Ideologie der Neuen Rechten* von Prof. Armin Pfahl-Traughber von der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung. Weiterführend hierzu: Pfahl-Traughber, Armin: Politische ‚Klassiker‘ der Neuen Rechten. Antidemokratische Denker aus der Weimarer Republik, Bonn 2025. Außerdem: Ders.: Intellektuelle Rechtsextremisten. Das Gefahrenpotenzial der Neuen Rechten, Bonn 2022.
- 2 Inhaltlich orientiert sich die Darstellung weitgehend an einem Vortrag der Akademie für Verfassungsschutz.
- 3 Inhaltlich orientiert sich die Darstellung weitgehend am Vortrag *„Die Idee der Demokratie muss entlegitimiert werden“ – Liber-tärer Extremismus in Deutschland* von Prof. Tom Mannewitz von der Hochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.

Thomas Haslböck

Leiter des Referats für Gesellschaftlichen Zusammenhalt und Interkulturellen Dialog, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Impressum:

Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Lazarettstraße 33, 80636 München

Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP; Generalsekretär: Dr. Josef Widmann

ISSN online: 3054-9302

Hinweis:

Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung femininer und maskuliner Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten geschlechtsneutral bzw. für alle Geschlechter.